

Positionen des Wirtschaftsrates Hessen zur Europawahl 2024

Unternehmerischer Sachverstand für ein starkes Hessen in Europa

Als Stimme der hessischen Wirtschaft vertritt der Wirtschaftsrat Hessen die Interessen und Positionen der Unternehmer zu Europawahl.

Angesichts der großen Herausforderungen und geopolitischen Veränderungen, vor denen Europa steht, ist eine gestärkte Europäische Union im Interesse aller. Das gilt auch für Hessen als führender Wirtschafts- und Finanzstandort im Herzen Deutschlands und der EU. Aus diesem Grund ist die Europawahl am 09. Juni 2024 auch für den Wirtschaftsrat und seine Mitglieder von besonderer Bedeutung.

Die Krisen der vergangenen Jahre markieren einen Wendepunkt, der von den EU27 als Chance verstanden werden sollte – als Ausgangspunkt für eine Diskussion über eine vertiefte Integration auf den notwendigen Ebenen. Wenn es gelingt, die Herausforderungen der Gegenwart zu nutzen, kann Europa eine Phase der Schwäche hinter sich lassen und zu alter Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen geopolitischen Playern zurückkehren. Dafür tragen politische Parteien und deren Zusammenschlüsse in den Parlamenten aufgrund ihrer Rolle bei der Willensbildung eine besondere Verantwortung – für die Demokratie, die Gesellschaft und die politische Zukunft. Der Zulauf des Populismus setzt die alten Verhältnisse der letzten Jahrzehnte unter Druck. Um diesen entgegenzuwirken, kann die beste Medizin nur lauten: mehr Arbeitsplätze für Wohlstand und Zufriedenheit. Ein starker, global wettbewerbsfähiger Binnen- und Finanzmarkt ist hierbei fundamental, um genau diese Ziele zu erreichen – transparent, integer und sicher.

Der Landesverband Hessen des Wirtschaftsrates der CDU e.V. steht zum Dialog gerne bereit.

Globale Wirtschaftsführerschaft durch offene Märkte

Europa soll ein Vorreiter in globalen Handelsabkommen und offenen Märkten sein, um Wachstum und Arbeitsplätze zu fördern. **Aktive Beteiligung an Handelsverhandlungen**, um Barrieren abzubauen und neue Märkte zu erschließen.

Finanzplatz Deutschland stärken

Krisen- und Wiederaufbaufonds: Strikt temporär und konditional gestalten. Stabilitätspakt erhalten und nach ordnungspolitischen Prinzipien reformieren, komplizierte Ausnahmeregelungen und Ermessensspielräume abschaffen.

Europäische Kapitalmarktunion: Vorantreiben und die Chancen eines europäischen Binnenmarkts für Finanzierungsinstrumente nutzen. Schrittfolge „Risikoreduzierung vor Risikoteilung“ vor Einführung eines europäischen Einlagensicherungssystems dringend beachten.

Digitale Finanzmarktunion: Innovationsfreundlichen und technologieoffenen Ordnungsrahmen für Kryptowerte und Digitalwährungen schaffen.

Regulatorische Hürden: Sonderlasten für Banken auf den Prüfstand stellen und Bankenabgabe begrenzen, um die Kreditvergabe an Unternehmen abzusichern und die ESG-Transformation zu ermöglichen.

Gestaltung eines europäischen Energiemarktes

Erhalt und Weiterentwicklung eines echten europäischen Energiemarktes: Keine weiteren staatlichen Eingriffe oder staatlich induzierte Marktverwerfungen. Abbau der Energie-Bürokratie für Unternehmen.

Erweiterung des CO₂-Emissionshandel im internationalen Kontext: Keine einseitigen Verschärfungen, die nur innerhalb der EU (EU-ETS) bzw. Deutschlands (BEHG) und damit wettbewerbs- und klimaschädlich (durch Verlagerung) wirken sowie Ermöglichung von CCS/CCU.

Marktbasierter, technologieoffener Ausbau der CO₂-freien und CO₂-armen Stromerzeugung in Europa: Mehr Angebot im Markt für mehr Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise gegenüber anderen Weltregionen.

Ausbau des europäischen Stromnetzes: U.a. an den Grenzkopplungspunkten und **Aufbau eines europäischen – farblich diskriminierungsfreien – H₂-Netzes** unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlich sinnvollen Nutzung bestehender Ressourcen und übergangsweise heimischer Gasreserven.

Bessere Rahmenbedingungen für die Digitalisierung schaffen

Regulierungswut kann und darf nicht zu noch mehr Bürokratie führen: Initiativen wie DORA/NIS2 sind wichtig, weil die Cybersecurity eine Notwendigkeit einer sicheren Zukunft in der Industrie und Verwaltung ist. Allerdings dürfen sie aber nicht zu einem Konstrukt ausufern wie die DSGVO.

Homogenisierung der europäischen Regulierungsflut: Europäisches Regelwerk und deren komplett unterschiedliche Auslegung in den diversen Ländern führt zu regulatorischer Arbitrage.

Regelwerk zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI): Im März 2024 wurde durch das Europäische Parlament der Artificial Intelligence Act (AIA) beschlossen. Bis dieser seine Wirkung entfaltet, werden aber mindestens zwei bis drei Jahre vergehen. Für die Zwischenzeit muss eine sinnvolle europäische Basis geschaffen werden, die festlegt, wie mit AI umzugehen ist und die Missbrauch verhindert.

Gesundheitsversorgung auch in Zukunft sichern

Der Gesundheitssektor ist ein wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Wertschöpfung durch Innovationen, Investitionen und hoch qualifizierte Arbeitsplätze.

Starke Industrie: Es bedarf eines harmonisierten EU-HTA-Prozesses mit stärkerer Pharmaunternehmens-Beteiligung, angepasster Bewertungsmethoden für spezielle Medikamente, Erhalt des Schutzes geistigen Eigentums und effektive, einheitliche Nutzung des europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS), um Innovation und Wettbewerbsfähigkeit im EU-Pharmasektor zu stärken.

Fairer Wettbewerb: Alle Gesundheitsanbieter – ob gemeinnützig, privat oder kommunal – sollten unter gleichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen operieren. Massive Subventionen für kommunale Strukturen allein oder eine Begrenzung des stationären, niedergelassenen oder ambulanten Bereichs stehen in diametralem Widerspruch zu einem fairen Wettbewerb um die beste Lösung.

Durch weniger internationale Regulierungen mehr Wohnraum schaffen

Nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Ländern werden dringend (bezahlbare) Wohnungen benötigt. Der Wohnungsbau muss unter Berücksichtigung pragmatischer Klimapolitik erheblich beschleunigt werden.

ESG sowie damit verbundene Regulierungen und Berichtspflichten in den Mitgliedsstaaten vereinheitlichen und praxisgerecht ausgestalten: Die Bedeutung von ESG muss in allen Ländern gleich sein und darf den Wohnungsbau nicht behindern.

Schwerpunkt von Energieeffizienz auf Emissionseffizienz - CO₂-Reduktion legen: Nur mit einer Ausrichtung auf Emissionseffizienz besteht eine Chance, die Klimaziele zu erreichen.

Neubauförderung mit zinsvergünstigten Darlehen: Die EU fördert Projekte und Programme zur Regional- und Stadtentwicklung. Mit diesen Programmen sollte künftig auch der Zugang zu attraktiven Finanzierungen für nachhaltige Bauprojekte ermöglicht werden. Dies würde u.a. den Wohnungsbau beschleunigen und damit die gesamte Immobilienwirtschaft unterstützen.

Verkehrszentrum Deutschland weiter fördern

Deutschland, das im Verkehrszentrum Europas liegt, soll weiterhin eine dynamische Wachstumsregion bleiben mit seinen relevanten Verkehrsknotenpunkten wie z.B. dem Flughafen Frankfurt. Stetig steigende Einwohner- und Pendlerzahlen und ein zunehmender Warenverkehr stellen hohe Anforderungen an eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Deren Ziel sollte die Sicherstellung einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung und das kontinuierliche wirtschaftliche Wachstum sein.

Vor diesem Hintergrund fordert der Wirtschaftsrat Deutschland eine Verkehrspolitik, die grenzüberschreitend einen **verkehrsmittelübergreifenden und -optimierten Gesamtplan** entwickelt

und durch intelligente Vernetzung aller Verkehrsträger zukunftsfähige Lösungen inkl. standardisierter Schnittstellen realisiert. Auch die **realen Anforderungen** von Wirtschaft, Menschen und Umwelt müssen berücksichtigt werden sowie dem Grundsatz der **Technologieneutralität und -offenheit** folgen. Ebenfalls benötigt es dringend **notwendige Investitionen** in kapazitätssteigernde Infrastrukturmaßnahmen, um Antriebssysteme zügig umzusetzen.

Bessere internationale Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials

Flexible Arbeitsmärkte für mehr Beschäftigung: Die europäischen Arbeitsmärkte müssen flexibler gestaltet werden, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Dabei ist die Überarbeitung von Arbeitsgesetzen, um die Einstellung von Mitarbeitern zu erleichtern (Abschaffung der 30-Tage-Regelung) sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung hin zur Wochen- oder Monatsarbeitszeit notwendig. Ebenfalls müssen mehr Anreize für selbstständige Arbeit geschaffen (u.a. Überprüfung der Regelung zur Scheinselbständigkeit) und die Förderung von lebenslangem Lernen, um Arbeitnehmern bei Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu helfen, gestärkt werden.

Gründerfreundliches Europa: Europa muss führend bei Unternehmensgründungen und Innovationen sein. Es benötigt eine erhebliche Vereinfachung der Gründungsprozesse durch Bürokratieabbau und Digitalisierung sowie eine Schaffung von Innovationszentren und Förderprogrammen für Start-ups. Des Weiteren müssen steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung geschaffen werden.

Bildung innovativ gestalten

Digitale Bildungsoffensive: Die digitale Bildung in Europa soll auf dem neuesten Stand sein. Jeder Schüler und Arbeitnehmer sollte Zugang zu qualitativ hochwertiger digitaler Bildung haben. Dafür benötigt es Investitionen in die Ausstattung von Schulen und Bildungseinrichtungen mit moderner Technologie für die Entwicklung digitaler Lehrpläne sowie von Online-Kursen. Außerdem muss die Förderung von Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen, um praxisnahe Fähigkeiten zu vermitteln, eine zentrale Rolle spielen.